

Pro Militia

UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR EINE VERFASSUNGSMÄSSIGE UND GLAUBWÜRDIGE SCHWEIZER MILIZARMEE
PUBLICATION INDÉPENDANTE DÉFENDANT UNE ARMÉE DE MILICE CRÉDIBLE ET FIDÈLE À LA CONSTITUTION
PERIODICO INDIPENDENTE PER UN ESERCITO SVIZZERO DI MILIZIA CREDIBILE E CONFORME ALLA COSTITUZIONE

Gedanken zur Sicherheitspolitik der Schweiz

Sprechttext zum Referat von Bundespräsident Ueli Maurer, Chef des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS, anlässlich der Delegiertenversammlung der Schweizerischen Offiziersgesellschaft vom 16. März 2013 in Thun.

Wenn wir das Weltgeschehen verfolgen, übernehmen wir häufig die Optik der Medien, die sich auf einige wenige – möglichst spektakuläre – Brennpunkte konzentrieren. So sind wir über Einzelereignisse recht gut informiert; einmal ist es Syrien, dann der Inselstreit zwischen China und Japan, momentan Nordkorea usw. Dabei geht leicht vergessen, dass diese Ereignisse immer Ausdruck grösserer Veränderungen und Zusammenhänge sind. Und genau diese grossen Zusammenhänge müssen wir freilegen, wenn wir eine gute Sicherheitspolitik für unser Land machen wollen. Wir können einen Megatrend beobachten: Die Bedeutung des Westens nimmt ab. Und dieser Megatrend hat in verschiedensten Bereichen vielfältigste Auswirkungen – ich möchte darauf näher eingehen:

1. Die Bedeutung des Westens nimmt ab

Militärisch verliert der Westen an Gewicht. Offensichtlichste Beispiele sind die Niederlagen im Irak und in Afghanistan. Die angestrebten stabilen demokratischen Verhältnisse sind nicht eingetreten. Den einheimischen Widerstands-

gruppen ist es vor allem in Afghanistan gelungen, mit einfachsten Waffen den modernsten Armeen der Welt grosse Verluste an Menschenleben zuzufügen – so gross, dass sie innenpolitisch schlicht nicht zu verkraften waren.

Das teure Nato-Engagement in Afghanistan liess die meisten westlichen Partnerstaaten der USA bereits kriegsmüde werden. Zudem werden unter dem Druck der Schuldenkrise europäische Verteidigungsbudgets gekürzt; man lebt in den Armeen zunehmend von der Substanz.

Nebst der militärischen Bedeutung nimmt auch die wirtschaftliche Bedeutung ab. Wenn nun die USA oder EU-Staaten bei aufstrebenden Ländern wie China, Indien oder Brasilien die hohle Hand machen müssen, treten wir in ein neues Zeitalter. Das wird der Westen machtpolitisch zu spüren bekommen. Etwas populär können wir sagen: Kredite gibt es nur gegen Konzessionen.

Die schwindende Kraft der Westens fällt mit dem Aufstieg des Ostens zusammen. Noch bleiben die USA ein politischer Dominator. Allerdings sind sie gezwungen, ihre Aufmerksamkeit vermehrt auf das aufstrebende und auch aufrüstende Asien zu richten.

zwischen Gläubiger- und Schuldnerstaaten. Ich glaube nicht, dass das in absehbarer Zukunft direkt zu offenen Kriegen führt, aber ich sehe darin ein erhebliches Potential für ganz massive Spannungen.

Es gibt nicht nur neue Konflikte zwischen Staaten, sondern auch zwischen verschiedenen Kulturräumen. In diese Kategorie gehört beispielsweise der weltweite islamistische Terror.

Als Drittes sind neue Konflikte innerhalb von Staaten zu erwähnen. Es ist anzunehmen, dass Unruhen in der gesellschaftlichen Peripherie (wie in den französischen Banlieues oder in England im Sommer 2011) immer mehr zum Alltag gehören werden. Denn Migration, fremde Kulturen und Religionen führen zu neuen Bruchlinien und Spannungen in allen westlichen Gesellschaften. Die Gefahr, dass rechtsfreie Räume entstehen, wächst. Auch die Überschuldung von Staaten führt zu sozialen Spannungen, die sich immer wieder – begleitet von Gewalt – auf der Strasse entladen.

2. Bedeutung der Sicherheit für die Schweiz

Für die Schweiz ergeben sich aus diesem Megatrend vier Schlussfolgerungen:

Ohne Sicherheit kein Wohlstand

Die Welt wird unberechenbarer. Dadurch gewinnt Sicherheit wieder an Stellenwert. Wir dürfen nicht vergessen, dass Sicherheit der wichtigste Standortfaktor und damit die Grundlage für unseren Wohlstand ist. Wenn wir in die Armee investieren, investieren wir in die Sicherheit – und der Wohlstand ist dann das, was Ökonomen als «return on investment» bezeichnen würden. Nur nebenbei: Setzen wir die Ausgaben für die Armee und den grossen Wohlstand der Schweiz ins Verhältnis, haben wir wahrscheinlich die weltbeste Kapitalrendite! Aber passen wir auf: Das ständige Sparen der Armee bleibt nicht ohne Folgen für das Wohlstandsniveau der Zukunft!

Neutralität als Maxime

In einem verschärften Wettlauf um Ressourcen und in wirtschaftskriegsähnlichen Verhältnissen vermischen sich wirtschaftliche, politische und militärische Mittel. Die Nähe zu einem wirtschaftlichen oder militärischen «Block» ist für

ein kleines Land gefährlich. Die Schweiz muss mit allen Ländern – gerade auch mit den aufstrebenden Nationen Asiens – hervorragende Beziehungen unterhalten können.

Sicherheitsverbund Schweiz

Mit dem Sicherheitsverbund Schweiz verbessern wir die Zusammenarbeit mit kantonalen Behörden. Ohne neue Strukturen aufbauen zu müssen, bringen wir so alle Kräfte zusammen, die in irgendeiner Art und Weise mit Sicherheit beschäftigt sind. Wir bauen dabei auf unseren bewährten föderalen Strukturen auf und schaffen die Möglichkeit, pragmatisch und fallbezogen direkte Kontakte herzustellen. Damit erhöhen wir die Reaktionsfähigkeit bei Krisen.

Milizarmee und Flexibilität

Unsere moderne, dynamische und vernetzte Welt ist von Überraschungen und Ungewissheiten geprägt. Eine globalisierte Gesellschaft ist störungsanfällig. Darum können wir nicht mit Vorwarnzeiten rechnen. Unser Land muss ein Reservemittel haben, das sofort eingesetzt werden kann. Das heisst für uns: Truppen müssen rasch aufgebildet, bewaffnet und eingesetzt werden können. Zudem muss die Armee in Zukunft noch besser in der Lage sein, unter verschiedensten Umständen aktiv zu werden. Die Wahrscheinlichkeit, dass Teile der Armee zivilen Behörden unterstellt werden, um Sicherheit zu gewährleisten, ist sehr hoch. Es ist keine Armee denkbar, die über mehr gesammelte Kompetenzen verfügt und sich besser in unser ziviles Leben einfügen kann, als eine Milizarmee.

3. Weiteres Vorgehen

Für das weitere Vorgehen ist es wichtig, trotz tausend Details die Gesamtsicht nicht zu verlieren – auch dann, wenn diese Details wichtig sind. Ein solch wichtiges Detail ist der Gripen. Bei aller Bedeutung dürfen wir nicht vergessen, dass es nicht um ein Flugzeug allein, sondern um das Gesamtpaket Sicherheit geht. Der Gripen muss darin Platz haben, ohne dass wir andere Bereiche der Armee vernachlässigen.

Das weitere Vorgehen unterteilen wir in zwei Phasen: Eine erste, primär der Konsolidierung dienende



Phase bis 2020 und eine zweite Phase der weiteren Entwicklung ab etwa 2020.

Konsolidierungsphase bis 2020

Zuerst geht es bis 2020 darum, die Vorgaben der Politik umzusetzen, die Mängel der Armee XXI zu beheben und ein besseres Gleichgewicht zwischen Investitionen und Betriebsaufwand zu erreichen:

Die Politik verlangt eine massive Verkleinerung der Armee auf einen Personalbestand von 100 000. Diese Reduktion hat wesentliche Neuerungen im Budget, in der Armeereorganisation, sowie im Ausbildungs- und Dienstleistungsmodell zur Folge. Hinzu kommen viele Anpassungen, namentlich in den Bereichen Doktrin, Ausrüstung, Immobilien, Logistik und Führungsunterstützung.

Bei der Umsetzung der Armee XXI haben sich Defizite vor allem in der Führungsausbildung und der mangelnden Bereitschaft bemerkbar gemacht. Diese Schwächen sind – soweit finanzierbar – zu korrigieren. Alle Schritte der Weiterentwicklung sind dabei auf das Ziel auszurichten, mit einer robust ausgerüsteten, einsatzgerecht ausgebildeten und kompetent geführten Armee flexibel auf verschiedenste und unerwartete Formen der Bedrohungen reagieren zu können. Konkret setzen wir in drei Punkten an:

Ausbildung verbessern: Unsere Soldaten und alle Kader müssen so ausgebildet sein, dass sie vielseitige Aufgaben erfüllen können. Das ist entscheidend, denn wir müssen uns ja auf Unvorhergesehenes einstellen, das wir nicht im vornhinein detailliert üben können. Bei der

Fortsetzung auf Seite 2

Inhaltsverzeichnis Table des matières Indice

Gedanken zur Sicherheitspolitik der Schweiz	1
Zusammenhalt – Glaubwürdigkeit – Kontinuität	2
Randbemerkung: Miliz und Weiterentwicklung der Armee	3
Cohésion – Crédibilité – Continuité	3
L'obligation générale de servir à la place du service militaire obligatoire?	4
Dienstplicht statt Wehrpflicht? Gegen den wiederholten	5
Angriff der Armee-Abschaffer! Nationalrat für 100 000 Armeeangehörige und 5 Mia. Franken	6
Neuerscheinungen	6
Zu «Pro Militia» 1/2013	6
Buchempfehlungen / Recommendations de livres / Letture raccomandate	7
Jürgen Peter Flückiger (1934–2013): 13 Jahre Chefredaktor / Rédacteur en chef durant 13 ans	8
Gesucht: Chefredaktor	8
Impressum / «Ich trete bei; J'adhère; Mi faccio socio»	8

Schweizerische Offiziersgesellschaft

Zusammenhalt – Glaubwürdigkeit – Kontinuität Rote Linie der SOG: 100 000 Armeeangehörige – 5 Milliarden Franken

Zusammenfassung des Referats von Brigadier Denis Froidevaux, Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft (SOG), an ihrer Delegiertenversammlung vom 16. März 2013 in Thun.

Das Jahr 2012 hat sich unsern Vorhersagen entsprechend entwickelt, was Unsicherheit und Polemik im Bereich der Sicherheitspolitik im Allgemeinen und der Armee im Besonderen angeht. Hintergrund ist der fehlende minimale politische Konsens.

Die Welt verändert sich, die Bedrohungen verändern sich, die Schweiz verändert sich, aber ein Grundbedürfnis bleibt, jenes, unserm Land Schutz und strategische Handlungsfreiheit zu sichern. Es trägt einen Namen: Sicherheitspolitik. Diese ist wie eine Kette, ihre Stärke misst sich am schwächsten Glied. Kein Staat, auch die Schweiz nicht, kann sich den Luxus leisten, die Armee zum schwächsten Glied verkommen zu lassen!

Auf dem Weg zur Bonsai-Armee?

Dies vor Augen, beobachtet man mit Unmut, wie die Mehrheit des Bundesrates sich von ideologischen und idealistischen Strömungen treiben lässt und munter nicht nur das POUVOIR faire unserer Armee sondern auch ihr SAVOIR faire auf dem Altar der Finanzen opfert. Er will die Bevölkerung glauben machen, dass eine Bonsai-Armee bei weitem reiche und wir definitiv vor den Wirren der Geschichte verschont bleiben.

Als Illustration diene die Gripen-Debatte des Ständerates vom 5 März 2013. Sie glich eher einer Aufführung der Commedia dell'arte mit deren Spassmachern und Masken als einer der Chambre de réflexion würdigen Sitzung. Von der Form zum Inhalt. Es schien, als wehe ein antimilitärischer Wind durch eine der höchsten Legislativen des Landes. Die Geschichte wird darüber urteilen, ob die Strategie des Aussitzens, der einige Parlamentarier huldigten, der Sicherheit der Bevölkerung dienen wird. Wie kann man mit so schwacher Mehrheit dem Prinzip zustimmen, ein über dreissig Jahre altes Kampflugzeug sei zu ersetzen und ein referendumsfähiges Fondsgesetz zu schaffen, dass nicht einmal die Ausgabenbremse gelöst und damit die Finanzierung blockiert werden? Da wird mit der Sicherheit des Landes gespielt.

Verkennung der Realität

Hinter der Haltung, sich den Realitäten der aktuellen Welt zu verweigern, verbirgt sich viel Naivität. Mehr Bildung, mehr Gesundheit, mehr Mobilität und weniger Waffen: Wie wenn es mit dem Entfernen der Waffen keine Konflikte mehr gäbe, wie wenn die Kriminalität nach Abschaffung der Polizei verschwände, wie wenn das Fieber mit dem Zerschmettern des Fiebermessers säne! Naivität würde ich das bezeichnen, oder den Realitäten nicht in die Augen sehen wollen. Die Schweiz droht still und leise weitere Teile ihrer Souveränität zu

verlieren. Ausserhalb der Finanzdebatte findet darüber keine wirkliche Auseinandersetzung statt. Dem darf man nicht mit verschränkten Armen zuschauen.

Sicherheitspolitik betreibt man nicht über Hellseherei oder Astrologie. Niemand kann sich definitiv vorstellen, wie die geopolitische und Sicherheitslage in zehn Jahren aussehen wird. NIEMAND! Die zeitlichen Dimensionen der Sicherheitspolitik dauern länger als eine Legislatur oder ein Rechnungsjahr.

Das Bedrohungsbild

Bedeutsame Entwicklungen sind zu analysieren, Zeichen zu erkennen. Wir müssen versuchen vorauszuschauen. Ich glaube folgende Haupttrends zu erkennen:

- Die Krise des Euro wird die Schweiz früher oder später treffen.
- Die strategischen Ressourcen werden knapper, was zu strategischen Umwälzungen führen wird.
- Grundbedürfnisse werden wichtiger, insbesondere die Sicherheit.
- Konsumhaltung und Individualismus stellen unsere Errungenschaften und unser gesellschaftliches Fundament in Frage.
- Die demografische Verschiebung bringt das System aus dem Gleichgewicht (Alterung der Bevölkerung).
- Die Verarmung und Frustration südlicher Völker werden Europa unweigerlich gewaltige Probleme bescherehen, vor allem auf dem Gebiet der Sicherheit. Die Jugendarbeitslosigkeit bewegt sich um 50% in Südeuropa. Da tickt eine Sozialbombe.

– Zudem: Amerika verlagert seine strategischen Schwerpunkte in andere Räume, was zu einer wachsenden Isolierung der Sicherheit Europas führt und zu einer spürbaren Verschiebung im Gleichgewicht. Europe wird zu einer strategischen Medusa, die sich auf andere verlässt. Wer glaubt, Europa könne unsere Sicherheit garantieren, dem mangelt es an Klarsicht.

Es ist lebenswichtig für die Schweiz, den einen oder andern Trumpf in der Hand zu behalten oder zu stärken, dazu gehört die Sicherheit ihrer Bevölkerung. Sie trägt ganz wesentlich zur Attraktivität unseres Landes bei.

Die Sicherheitsarchitektur der Schweiz widerspiegelt unser demokratisches System, ein komplexes interdependentes Ganzes, gleich dem System der russischen Babuschkas.

Wir müssen einen Weg finden, der zu einem sicherheitspolitischen Konsens führt und zum Gleichgewicht zwischen Leistungen und Mitteln.

Die rote Linie der SOG ist klar, 100 000 Mann und 5 Milliarden Franken. Darunter gehen, das können wir nicht zulassen.

Baustellen 2012

Im Jahr 2012 bearbeitete die SOG insbesondere diese Dossiers:

- Die Initiative der GSoA zur Abschaffung der Allgemeinen Wehrpflicht. Noch nie in ihrer 180-jährigen Geschichte hat sich die SOG derart engagiert, auch finanziell nicht. Wir haben keine Angst. Das Schweizer Volk ist reif genug zu erkennen, dass seine künftige Sicherheit von dieser Abstimmung abhängt. Aber ausser der SOG war niemand bereit, die Führung in dieser Operation zu übernehmen. Dank der bedingungslosen Unterstützung der Schützen konnten wir den Verein für eine sichere Schweiz konstituieren, die Plattform, welche die

Kampagne führt und auf der all jene Kräfte zusammenfinden, die ein lebhaftes Interesse daran haben, das hohe Sicherheitsniveau, eine Stärke unseres Landes, zu erhalten.

– Das Rüstungsprogramm 2012 und das wahrscheinliche Referendum gegen den Spezialfonds «Gripen» mit der Abstimmung gegen Mitte 2014.

Wir machen uns an die Vorbereitung der für die Führung dieser Kampagne nötigen Strukturen. Erneut wird die SOG wohl an vorderster Front wirken, gemeinsam mit der AVIA. Aha, der Gripen! Ich erinnere gerne dran, dass die SOG ihren Entscheid zugunsten dieser Typenwahl in der Phase fällte, als die politische und publizistische Polemik auf Hochtouren lief, nämlich vor einem Jahr in Luzern. Damals waren wir recht allein... Seither erweist sich der Gripen als der einzige gangbare Weg; ein Signal nach dem anderen wechselt auf grün. Vor einem Jahr sah das noch nicht danach aus. Unsere einzige Sorge in diesem Dossier gilt der Finanzierung. Sollte das Armeebudget auf 4,4 Milliarden Franken begrenzt werden plus die 300 Millionen für den Spezialfonds, hätte dies zerstörerische Folgen für die Rüstungsprogramme der andern Teile der Armee, vor allem das Heer. Das Gesamtsystem wird in Frage gestellt, falls der Plafond bei 4,7 Milliarden bleibt. Man kannibalisiert die Armee, um die nötige Ausrüstung zu erhalten.

Unterfinanzierung gefährdet die positiven Elemente der WEA

– Die WEA und die Folgearbeiten für die Armee.

Alles gefällt uns nicht an diesem Projekt, man könnte Wochen lang darüber diskutieren. Aber die Variante für 5 Milliarden enthält die wesentliche Elemente: Die Miliz-

Fortsetzung von Seite 1

Ausbildung wird wieder auf Milizkader abgestellt, damit diese im Umgang mit der Truppe so früh wie möglich Führungserfahrung sammeln können. Auch soll jeder Armeeangehörige wieder eine ganze Rekrutenschule absolvieren müssen, was die Beurteilung über eine längere Zeit für die Kaderselektion ermöglicht. Für beförderte Unteroffiziere, brevetierte Leutnants und angehende Kompaniekommandanten wird wieder das bewährte Abverdienen des Grades eingeführt.

Bereitschaft verbessern: Wir führen ein neues, differenziertes Bereitschaftssystem ein. Dieses sieht vor, Teile der Armee aus dem Stand aufbieten zu können. Die Abstufungen der Bereitschaft reichen bis zu einem Aufgebot von 20 000 AdA innert drei Wochen.

Ausrüstung verbessern: Um sofort reagieren zu können, sind mehr Truppen als bisher vollständig auszurüsten. Die Korpsausrüstung ist heute ungefähr für einen Drittel der Armee vollständig vorhanden. Die Mehrheit der Truppen könnten wir im Ernstfall also nur teilweise ausrüsten. Wir wollen darum den Grad der Ausrüstung auf bis zu zwei Drittel steigern.

In die Konsolidierungsphase bis 2020 gehört auch, dass das Gleichgewicht zwischen Investitionen und

Betriebsaufwand verbessert wird. Momentan sind ein grosser Teil unserer Mittel durch Betriebsaufgaben gebunden, so dass für Investitionen nicht mehr genügend Spielraum bleibt. Aus diesem Grund müssen wir harte Sparmassnahmen vorsehen, um die Fixkosten zu senken. Dazu gehören schmerzhaft Schritte wie die vorzeitige Ausserdienststellung von Material, die Schliessung von Standorten oder möglicherweise sogar von Flugplätzen.

Phase der weiteren Entwicklung ab etwa 2020

Der Bundesrat beabsichtigt, diese Legislatur einen neuen sicherheitspolitischen Bericht vorzulegen. Dieser ist dann die Grundlage für weitere Anpassungen der Armee, damit die Investitionen und Ausrüstungen auf die neuen Bedrohungen ausgerichtet werden. Ich greife nicht vor, aber wenn wir den heute skizzierten Megatrend einerseits und die technologischen Entwicklungen andererseits vor Augen haben, werden die grossen Umrisse klar:

Entwicklung unbemannter Flugkörper: Diese Waffen sind in einem grösseren Zusammenhang zu sehen, nämlich der Auflösung des traditionellen Schlachtfeldes, wo sich klar definierte Kräfte gegen-

überstehen. Wir haben das Phänomen im Zusammenhang mit Terrorgruppen erlebt, die irgendwo und irgendwann zuschlagen können. Parallel dazu läuft aber dieselbe Entwicklung bei den modernsten Armeen; auch die Grossmächte führen einen anonymen Krieg auf Distanz, wo sie gezielt und unberechenbar zuschlagen, aktuell immer wieder in Jemen oder in Pakistan.

Sonderoperationskräfte: In eine ähnliche Richtung geht die Entwicklung bei Sonderoperationskräften. Auch diese werden ausserhalb der traditionellen Konfliktführung für rasche und wirkungsvolle Schläge eingesetzt. Deshalb nimmt in vielen Armeen ihre Bedeutung zu.

Cyberkonflikte finden sogar tagtäglich statt und werden ebenfalls ausserhalb eines Schlachtfeldes geführt. Im ersten Weltkrieg erhielten die Schlachtfelder mit den Kampfpliegern eine dritte Dimension. Heute erleben wir, wie Konflikte sich um eine vierte Dimension erweitern: Um den virtuellen Raum, in dem Cyber-Aktionen stattfinden. Möglicherweise revolutioniert das die Kriegsführung ähnlich, wie früher einmal das Schwarzpulver, das Aufkommen von Büchsen, Mörsern und ersten Kanonen oder vor etwa 100 Jahren

von Flugzeugen und Panzern. Wer solche technologischen Revolutionen verschläft, dem droht ein böses Erwachen.

Weniger schwere Mittel: Im Bereich traditioneller schwerer Mittel wurden in der Rüstungsindustrie in den vergangenen Jahren tausende von Stellen abgebaut, weil weniger in schwere terrestrische Waffen investiert wird. Überraschung, Präzision und Geschwindigkeit ersetzen die Masse. Diese Entwicklung haben auch wir bei der Weiterentwicklung unserer Armee in Rechnung zu stellen. Ein Präzisionsfeuer statt eines Flächenfeuers wäre gerade für unser dichtbesiedeltes Land zwingend.

Wenn wir vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen unsere Sicherheitsbedürfnisse anschauen, stellen wir fest: Wir müssen auf neue Konfliktformen vorbereitet sein. Wir dürfen nicht mehr allein nur an den traditionellen Krieg denken, der mit einer Kriegserklärung beginnt, mit schwerem Material nach bekannten Mustern und mehr oder weniger sogar nach völkerrechtlichen Regeln geführt wird. Wir haben uns einzustellen auf unterschwellige Aktionen, Überraschungen, Nadelstiche, Erpressungen, gezielte Angriffe etwa auf die Verkehrs-, Energie- oder Informations-Infrastruktur usw. – und da-

bei ist vielleicht nicht einmal offensichtlich, wer hinter solchen Aktionen steht.

Vor diesem Hintergrund gewinnt Aufklärung und Frühwarnung an Bedeutung. Denn in neuen, asymmetrischen Konflikten wird der Überraschungseffekt als Mittel genutzt, um die Gesellschaft und die Wirtschaft zu treffen.

Der Schutz der kritischen Infrastruktur gehört in den nächsten Jahren zu den ganz wichtigen Aufgaben. Wenn wir bedenken, wie schon kleine Störungen im normalen gesellschaftlichen Funktionieren grosse volkswirtschaftliche Kosten verursachen, sehen wir auch hier wieder, dass sich Investitionen in unsere Sicherheit wirklich lohnen.

Wir brauchen gut ausgerüstete, gut ausgebildete und gut geschützte Bodentruppen, die rasch aufgebieten werden können – wir müssen mit ihnen die Flexibilität gewinnen, auf absolut überraschende Ereignisse reagieren zu können, sogar auf Ereignisse, die wir uns heute noch gar nicht genau vorstellen können, denn diese sind die wirklich gefährlichen. Und als Verteidigungsarmee müssen wir die Sicherheit der Bevölkerung sowie die Unabhängigkeit des Landes jederzeit glaubwürdig garantieren können.

fähigkeit – sie muss garantiert sein –, das Ausbildungsmodell mit zwei RS-Starts, die vollständige Ausbildungslaufbahn der Kader, die Beibehaltung einer Art Dezentralisierung durch die Verstärkung der Territorialregionen.

Leider erlebt dieses Dossier gewaltige Verschiebungen. Mit der Unterfinanzierung riskiert man, das einzige strategische Mittel in der Hand des Bundes zu schwächen. Im Zeitpunkt der Vernehmlassung werden wir uns darüber wieder unterhalten, über die zentralen Punkte, nicht über Details.

Auf die Gefahr hin, dass ich mich wiederhole. Die SOG wird nicht unter die Forderungen ihrer letztjährigen Resolution gehen: 100 000 Mann und 5 Milliarden Franken.

– Schliesslich noch zu einem weiteren wichtigen sicherheitspolitischen Geschäft: Am 8. März 2013 eröffnete der Bundesrat das Vernehmlassungsverfahren zum neuen Nachrichtendienstgesetz. Die SOG ist von der Notwendigkeit des Gesetzes überzeugt und wird es vorbehaltlos unterstützen; denn die bestehenden Instrumente genügen nicht, damit der NDB seinen Präventionsauftrag umfassend wahrnehmen kann.

– Das neue Gesetz erlaubt es, wichtige strategische Landesinteressen zu wahren, wie zum Beispiel den Schutz kritischer Infrastrukturen und des Finanz- und Wirtschaftsplatzes.

– Der NDB braucht neue Mittel zur Informationsbeschaffung, weil die Akteure, welche die innere und die äussere Sicherheit der Schweiz bedrohen, zunehmend aggressiver werden und besser ausgerüstet sind.

SOG-interne Arbeiten

Dazu gehören:

– Die Schlussredaktion des Textes unserer allfälligen Initiative für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik;

– Die Neuausrichtung unseres Marketing- und Kommunikationskonzepts und die Einrichtung unseres Generalsekretariates;

– Die Errichtung und Finalisierung der Stiftung für die Offiziere der Schweizer Armee. Alle Spenden sind willkommen (IBAN CH38 0026 2262 1041 1901 K [UBS Solothurn]).

Drei Grundprinzipien

Für das Jahr 2013 habe ich folgende Grundätze festgelegt, denen

ohne Einschränkung nachzuleben ich alle einlade: Zusammenhalt, Glaubwürdigkeit, Kontinuität.

– **Zusammenhalt:** Um stark zu sein, müssen wir einig bleiben, trotz kultureller, sprachlicher und politischer Unterschiede. Meinungsverschiedenheiten sind auszutragen, aber nicht hinauszutragen, und das Schwergewicht legen wir auf das, was uns eint, nicht was uns trennt. Das Auseinanderdividieren der SOG käme einem Sieg der Gegner einer modernen Sicherheitspolitik gleich. Zur Erinnerung: Wir verteidigen ein Gesamtsystem und nicht Teile auf Kosten von andern.

– **Glaubwürdigkeit:** Sie ist entscheidend für unsere Tätigkeit und misst sich an unserer Fähigkeit, – bedingungslos dem Prinzip Aussage/Erkenntnis/Konsequenz nachzuleben, d.h. unsere rote Linie mit Argumenten zu unterlegen; – eine Sicherheitsvision aufgrund einer realistischen Bedrohungsanalyse zu vertreten;

– um das nötige Gleichgewicht zwischen Leistungen und Ressourcen zu kämpfen;

– nach vorne zu schauen.

– **Kontinuität:** Wir halten fest an der Linie unseres Positionspapiers, das ist eine Frage der gedanklichen Kontinuität. Sollte die rote Linie (100 000 AdA – 5 Milliarden Franken) verletzt werden, müssen wir konsequent bleiben und unsere Standhaftigkeit beweisen.

Die SOG lebt

Während des Berichtsjahres bin ich quer durch die Schweiz zu den Sektionen der SOG gereist. Ich durfte feststellen, dass die SOG wirklich von unten nach oben funktioniert, und dass in der ganzen Schweiz die unaufhörlichen Polemiken gegen unsere Sicherheitspolitik sehr ungerne gehört werden. Welch ein Stolz und welche Freude löst es aus zu sehen, dass die SOG lebt, arbeitet und vorankommt!

Ich schliesse mit einem Zitat von General Henri Guisan: **«Bleiben wir ruhig – stark – einig. Auf diese Art werden wir freie Menschen bleiben!»**

* Nachsatz: Am 21. März 2013 hat das Parlament erfreulicherweise mit grosser Mehrheit seinen Entscheid vom Herbst 2011 bestätigt und so eine dramatische Situation für die Armee verhindert. Die SOG wacht über die Fortsetzung.

Société suisse des officiers

Cohésion – Crédibilité – Continuité

Ligne rouge de la SSO : 100 000 hommes et 5 milliards de francs

Résumé de l'exposé du Brigadier Denis Froidevaux, Président de la Société suisse des officiers, tenu à l'Assemblée des délégués du 16 mars 2013 à Thoune.

2012 aura été en matière d'incertitudes et de polémiques en matière de politique de sécurité en général et de l'armée en particulier conforme à nos prévisions... faute d'un consensus minimal sur le plan politique.

Le monde change, les menaces changent, la Suisse change, mais un besoin de base subsiste, celui d'assurer à notre pays la protection et la préservation de ses intérêts stratégiques. Cela porte un nom : la politique de sécurité, et cela se conçoit comme un système de chaîne dont la résistance se mesure à l'aune de son maillon le plus faible. Aucun Etat, pas même la Suisse, ne peut se payer le luxe de considérer l'option de voir son armée être le maillon faible!

Envers une armée bonzaï?

Face à cette réalité, on ne se lasse pas d'observer la majorité du Conseil fédéral se laisser porter par les courants idéologiques et idéalistes et sacrifier allégrement non seulement le **POUVOIR** faire de notre armée, mais également le **SAVOIR** faire sur l'autel des ressources financières. Il veut faire croire à la population qu'une armée bonzaï, signifiant qui a la forme d'une armée, le goût d'une armée mais qui n'est pas une, est largement suffisante et que nous sommes définitivement à l'abri des affres de l'histoire.

Pour illustrer mon propos, regardez le Conseil des Etats qui a donné, le 5 mars 2013 un spectacle qui s'apparente plus à la comédie italienne avec ses bouffons et ses masques qu'à un débat digne de la chambre des cantons. Au-delà de la forme il y a le fond. A ce titre il semble bien qu'il s'est levé un vent antimilitariste dans l'une des plus hautes instances législatives du pays. L'histoire jugera sur le long terme si la

stratégie du pourrissement choisie par certains parlementaires constitue une plus-value pour la sécurité des habitants de ce pays.

Comment peut-on avec une majorité si faible voter pour le principe visant au remplacement d'un avion de combat vieux de quelque 30 ans, puis la modification de la loi sur les finances visant la création d'un fond spécial ouvrant ainsi la voie au référendum populaire et dans la foulée refuser que le frein aux dépenses n'est pas desserré... ôtant tout financement au projet? Sauf à jouer avec le destin sécuritaire du pays, aucune explication crédible n'est possible.

Méconnaissance de la réalité

Derrière cette volonté de ne pas comprendre les enjeux et les réalités du monde actuel, ce cache un raisonnement d'une grande naïveté. Plus d'éducation, plus de santé, plus de mobilité et moins d'armes. Comme si le fait de supprimer les armées avait pour conséquences de faire disparaître les conflits, supprimer la police faire disparaître la criminalité, et casser son thermomètre disparaître la fièvre. Naïveté dirais-je, ou l'expression même d'une volonté de ne pas regarder les réalités en face!

La Suisse est en passe, d'abandonner subrepticement des pans entiers de sa souveraineté et sans véritable débat autre que celui lié aux finances. On ne peut admettre rester les bras croisés.

La construction d'une politique de sécurité ne tient pas de la voyance ou de l'astrologie. Nul ne peut donner une image définitive de ce que sera la situation géopolitique et sécuritaire dans 10 ans... **PER-SONNE!** Or la politique de sécurité s'inscrit dans une dimension temporelle qui dépasse la législation ou l'exercice budgétaire.

Les menaces éventuelles

Ce que l'on doit faire c'est identifier les tendances lourdes, de décrypter les signes, tenter d'anticiper. Selon

mon point de vue ces tendances lourdes sont :

– La crise de l'Euro (pe) impactera la Suisse tôt ou tard

– Les ressources stratégiques se feront plus rares, ce qui va amener à des bouleversements stratégiques.

– Les besoins fondamentaux deviendront plus importants, la santé et sécurité en particulier!

– Le consumérisme et l'individualisme qui vont remettre en question nos acquis et nos fondements sociétaux

– Les enjeux démographiques déséquilibreront le système (vieillessement de la population)

– La paupérisation et la frustration des peuples du sud vont immanquablement générer des problèmes colossaux en Europe, y.c. en matière sécuritaire. Prenez le taux de chômage chez les jeunes entre 18 et 25 ans en Europe du Sud... on en est à 50%! C'est une bombe sociale.

– Et puis comment ne pas voir l'isolement croissant de l'Europe en matière sécuritaire, avec un déplacement du centre de gravité américain vers d'autres intérêts stratégiques va considérablement modifier l'équilibre. L'Europe est devenue un méduse stratégique qui se laisse porter au grès des courants venus d'ailleurs, compter sur elle pour assurer notre sécurité... quelle manque de clairvoyance!

Il est vital pour la Suisse de préserver ou de restaurer l'un de ses atouts clefs, la sécurité de sa population. C'est là un argument majeur l'attractivité de notre pays.

L'architecture sécuritaire de la Suisse est à l'image de notre système démocratique, un ensemble complexe, interdépendant, comme un système de poupées russes. Nous devons trouver un chemin qui permette un consensus en matière de stratégie sécuritaire, mais aussi trouver un consensus à propos de l'équilibre entre prestations et ressources.

La ligne rouge de la SSO est clair, 100 000 hommes et 5 milliards de francs. Nous ne pourrions admettre descendre en dessous.

Fortsetzung auf Seite 3

Randbemerkung

Entmündigt die Weiterentwicklung der Armee (WEA) die Miliz noch mehr?

Im Vorfeld der Armee XXI hat Bundesrat Adolf Ogi die Wesensmerkmale der Miliz durch Professor Dr. Dietrich Schindler, Universität Zürich, abklären lassen. Obwohl in dessen Gutachten vom 14. April 1999 die Vorgaben keine Zweifel offen gelassen haben, sind Bundesrat Ogi und sein Nachfolger grosszügig darüber hinweggegangen und haben die Miliz – trotz vieler verbaler «Worthülsen» – de facto entmachtet. Professor Schindlers Wesensmerkmale für die Miliz sind die folgenden vier:

Die Miliz
– leistet einen relativ kurzen Grundausbildungsdienst,
– erbringt periodisch wiederkehrende Dienstleistungen,

– wird von Milizkadern geführt,
– erfüllt die militärische neben den beruflichen Funktionen.

Nur am Rande gesagt: Es ist logisch, dass Durchdiener und Zeitsoldaten nicht zur Miliz gehören, weil sie mehreren dieser Kriterien nicht entsprechen.

Ganz verheerend hat sich in der Armee XXI die sogenannte Professionalisierung und, damit verbunden, die angestrebte gesetzeswidrige Trennung von Ausbildungs- und Führungsverantwortung (Artikel 48 Militärgesetz) auf die Miliz ausgewirkt. Dazu kommt die Reduktion der Bestände. Milizoffiziere haben kaum noch eine Chance, ein Bataillon oder eine Abteilung zu

führen, weil die Berufsoffiziere diese Kommandostellen beanspruchen. Bundesrat Ueli Maurer hat sich kürzlich beklagt, er habe im Generalstabslehrgang I nur noch einen einzigen echten «Milizler» angetroffen. Wen wundert es? Wer absolviert eine Generalstabsoffiziersausbildung, wenn er kaum noch eine Chance hat, einen Truppenkörper zu führen? Die Milizlaufbahn endet in der Führungshierarchie zu oft mit dem Hauptmannsgrad. Wenn die Milizkader nur noch als Ausbildungshelfer auf den unteren Stufen verwendet werden oder lediglich als Führungsgehilfen eine Beförderungsmöglichkeit haben, wird man dem Kriterium, **dass die Milizarmee von Milizkadern geführt**

werde, nicht gerecht, denn Kommandanten führen, nicht Führungsgehilfen.

Die WEA und Miliz

Zunehmend werden in der Diskussion über die Militärdienstpflicht Loblieder über die Miliz angestimmt. Die Realität sieht leider anders aus. Mit der geplanten Reform würden die Bestände noch kleiner, die Kommandostellen schrumpfen und die Chancen der Miliz sinken auf den Nullpunkt. Wenn die WEA nicht grundlegend überdacht wird, so verkommt die Forderung, dass die Milizarmee von Milizkadern geführt werden müsse, zu einer hohlen Floskel.

Was ist zu tun? Für die Instrukturen ist ein Beförderungsmodus innerhalb der Lehrverbände zu schaffen. Die Führung der Truppenkörper muss der Miliz vorbehalten bleiben. Schon 1999 schrieb Professor

Schindler: **«Berufskader zur Führung dagegen soll nur eingesetzt werden, wenn es sich ergibt, dass bestimmte Führungsaufgaben nicht durch Milizkader wahrgenommen werden können». Wo wird das heute noch seriös abgeklärt? Wer erbringt den Beweis, dass interessierte Milizanwärter dem Anforderungsprofil für ein Kommando nicht genügen?** Dieser Grundsatz wurde bereits bei der Armee XXI und beim Entwicklungsschritt 2008/11 mit Füßen getreten. Für die WEA besteht die grosse Chance, der Miliz wieder jene Bedeutung zu geben, den sie verdient. Wenn dies nicht geschieht, nützen die schönsten Beteuerungen nichts, und die Miliz wird sich zunehmend als «entrechtetes Gebilde» abmelden. Wollen wir das? Diese Frage stellt...

Argus.

La « fausse bonne idée » d'« Avenir Suisse »

L'obligation générale de servir à la place du service militaire obligatoire ?

Simon Kuchler

Avenir Suisse propose dans une publication récente « Idées pour la Suisse – 44 chances d'avenir » le passage du service militaire obligatoire en une obligation générale de servir la communauté pour tous, et surtout toutes. Cette proposition surprend de la part d'un « Think tank » qui nous avait habitués à davantage de sérieux. En l'espèce, il fait tout simplement l'impasse sur le droit international public.

Avenir Suisse a été créé en 1999 par 14 des plus grandes multinationales helvétiques. En 2004, le Conseil de fondation a décidé de poursuivre le travail de réflexion sur l'avenir dans le cadre de son « Think-Tank ». Organe indépendant, Avenir Suisse s'engage en faveur du développement social, économique et politique de la Suisse. Contrairement à certains groupes d'intérêts, Avenir Suisse ne participe activement ni aux diverses procédures de consultation, ni aux campagnes politiques en vue de votations. Elle entend par contre donner des impulsions à la réflexion pour lancer le débat et jouer ainsi un rôle d'éclairer dans le processus de formation de l'opinion publique.

Juste au moment le plus inopportun

Hélas, si Avenir Suisse se targue de ne pas intervenir directement dans les campagnes de votation, sa dernière publication constitue une

prise d'influence indirecte sur l'opinion publique en marge de la campagne du Groupe pour une Suisse sans Armée (GSsA) et de son initiative : « Oui en faveur de l'abrogation du service militaire obligatoire ». En effet, la proposition de remplacer le service militaire obligatoire par une obligation générale de servir pourrait offrir une alternative à divers courants politiques, tentés de soutenir l'initiative du GSsA pour ouvrir la porte à l'obligation générale de servir. Il serait ensuite si aisé de combler le manque de personnel dans de nombreux services sociaux en engageant de jeunes femmes nouvellement astreintes à servir.

Une question infondée sur le plan juridique

Il est plus que surprenant qu'une organisation censée « penser l'avenir » en s'appuyant sur des critères aussi élevés qu'objectifs fasse une proposition parfaitement inapplicable en vertu du droit international public. En effet, la Convention européenne des droits de l'homme stipule à son article 4, alinéa 2, que l'obligation générale de servir correspond à un travail obligatoire et est de ce fait inacceptable. Les seules dérogations possibles peuvent se présenter dans le cas d'un service civil remplaçant le service militaire obligatoire ainsi que des services accomplis dans des situations d'exceptionnelle gravité et en cas de catastrophe, telles que contenues dans l'article 4 de la Convention.

Une expertise existante non prise en considération

Avenir Suisse aurait été bien inspirée de prendre au préalable connaissance de l'expertise du Professeur Dr Rainer J. Schweizer de l'Université de St-Gall du 23 août 2010. Sur demande du DDPS, l'éminent juriste y donne son appréciation sur les exigences constitutionnelles et liées au droit public international par rapport à la compétence de l'armée en matière de défense...

Il y fait état des limites fixées au service militaire obligatoire par le droit public international, en particulier de l'impossibilité d'introduire l'obligation générale de servir. Cette expertise n'aurait du échapper à la perspicacité d'Avenir Suisse. Sa lecture lui aurait évité de déclencher une discussion aussi erronée qu'irréaliste.

Les exemples allemands et autrichiens

Il n'y a en fait que deux alternatives au service militaire obligatoire : le service volontaire et l'armée professionnelle, laquelle est également dépendante de volontaires. Le choix du service volontaire est celui pris par l'Allemagne avec, entre autre, le résultat qu'un tiers des volontaires quitte le service à la première occasion. L'Autriche a récemment fait clairement le choix de maintenir par vote consultatif le service militaire obligatoire, tout en sachant que la majorité des réfractaires sont enga-

gés au service de la Croix-Rouge et de l'aide en cas de catastrophe. Un potentiel qu'il ne s'agissait pas de perdre. En cas de suppression du service militaire obligatoire, plus aucun des réfractaires n'aurait été disponible et les moyens nécessaires à la Croix-Rouge et à l'aide en cas de catastrophe seraient largement insuffisants.

Pas de fausse discussion politique

On peut juste souhaiter que « la fausse bonne idée » de l'obligation générale de servir ne vienne perturber la campagne contre l'initiative du GSsA en la chargeant d'un thème politique superflu. Il y a peu de temps, le conseiller national Chris-

tophe Darbellay, président central du Parti Démocrate Chrétien Suisse (PDC), a émis l'idée d'inscrire dans le programme politique de son parti le remplacement du service militaire obligatoire par une obligation générale de servir. Il s'est finalement rétracté suite à mon intervention et la remarque portant sur l'aspect du droit public international. Il nous reste à souhaiter qu'Avenir Suisse fasse preuve de la même sagesse et remise au vestiaire sa « lumineuse » projection dans l'avenir.

Simon Kuchler, commandant de corps retraité et dernier représentant de la milice en sa qualité de commandant du corps d'armée de montagne 3 de 1993 à 1999, est vice-président de Pro Militia

ARTICLE 4

Interdiction de l'esclavage et du travail forcé

1. Nul ne peut être tenu en esclavage ni en servitude.
2. Nul ne peut être astreint à accomplir un travail forcé ou obligatoire.
3. N'est pas considéré comme « travail forcé ou obligatoire » au sens du présent article :
 - a) tout travail requis normalement d'une personne soumise à la détention dans les conditions prévues par l'article 5 de la présente Convention, ou durant sa mise en liberté conditionnelle ;
 - b) tout service de caractère militaire ou, dans le cas d'objecteurs de conscience dans les pays où l'objection de conscience est reconnue comme légitime, à un autre service à la place du service militaire obligatoire ;
 - c) tout service requis dans le cas de crises ou de calamités qui menacent la vie ou le bien-être de la communauté ;
 - d) tout travail ou service formant partie des obligations civiques normales.

Fortsetzung von Seite 2

Les chantiers 2012

En 2012 la SSO a travaillé sur ces dossiers clés :

– l'initiative du GSsA visant la suppression de l'obligation de servir ainsi que le message du CF qui n'oppose pas de contre-projet. Jamais la SSO ne s'est pareillement engagée au cours de ses 180 années d'existence. Nous n'avons pas peur car nous sommes persuadés que le peuple suisse est suffisamment mature pour comprendre que son avenir sécuritaire dépend de ce vote, mais un constat a dû être fait... personne d'autre que la SSO n'était prêt à prendre le lead dans cette opération. Grâce à l'appui inconditionnel des tireurs, nous avons mis en place l'Association pour une Suisse en sécurité, qui est la plateforme qui gère la campagne, plateforme sur laquelle viennent se greffer toutes les forces vives intéressées à préserver ce qui a fait la force de ce pays son haut niveau de sécurité.

– le programme d'armement 2012 et son très probable référendum contre la création du fonds spécial « Gripen » avec une votation populaire potentiellement à mi 2014.

Nous travaillons déjà à la mise en place de l'organisation et des structures visant à mener cette campagne. Là encore la SOG sera en première ligne, avec un acteur clef l'AVIA. Ah... Le gripen... à ce sujet il me plait de relever que la position de la SSO de soutenir ce choix, prise en pleine polémique politique et

médiatique à Lucerne en 2012, était fondée. Nous étions bien seuls à l'époque... Depuis lors on a pu observer que cette voie est la seule praticable, et que les signaux passent les uns après les autres au vert. Il y a une année cela n'allait pas de soi ! Notre seul souci dans ce dossier est le financement. Si le budget accordé à l'armée devait être de 4,4 milliard plus les 300 millions du fonds spécial, cela aurait des conséquences dévastatrices en termes de programme d'armement pour les autres composantes de l'armée, forces terrestres en particulier. C'est donc le système dans sa globalité qui est remis en cause si le plafond est fixé à 4,7 milliards de francs. On cannibalise l'armée qui doit se manger elle-même pour acquérir les équipements nécessaires.

Sous-financement met en danger les éléments positifs de DEVA

– DEVA et la suite des travaux liés à l'évolution de l'armée.

Tout ne nous convient pas dans ce projet, on pourrait en discuter des semaines entières ! Mais l'essentiel y sera dans sa variante à 5 milliards ! La dimension milice compatible devra être garantie, le modèle d'instruction fondé sur deux départs, le cursus complet de formation des cadres, le maintien d'une forme de décentralisation par un renforcement des régions territoriales sont les principaux points positifs.

Malheureusement on constate une grave dérive dans ce dossier en raison du risqué sous-financement ; on court le risque d'affaiblir le seul moyen stratégique à l'échelon fédéral. (Le 21 mars 2013 le parlement a heureusement confirmé à une grande majorité sa décision de septembre 2011 et évité une situation dramatique pour l'armée. La SSO veillera à la suite.) Nous en reparlerons lors de la mise en consultation du projet à partir de juillet 2013. Je me refuse catégoriquement à envisager une action politique sur des détails.

Au risque de me répéter la SSO ne transigera pas sur sa résolution de 2012, 100000 hommes et 5 milliards de francs.

– Et puis un autre projet très important pour la politique de sécurité. Le 8 mars 2013, le Conseil fédéral a ouvert la procédure de consultation concernant la nouvelle loi sur le renseignement. La SSO et persuadée que cette loi est nécessaire et la soutiendra sans réserve, parce que les instruments actuels sont insuffisants pour permettre au Service de renseignement de la Confédération (SRC) d'assumer pleinement ses missions de prévention.

– La nouvelle loi permet de protéger d'importants intérêts stratégiques de la Suisse, par exemple les infrastructures critiques, la place financière et économique.

– Le SRC a besoin de nouveaux moyens de recherche d'informations parce que les acteurs qui me-

nacent la sûreté intérieure et extérieure de la Suisse sont plus en plus agressifs et mieux équipés.

Travaux internes à la SSO

Nous avons travaillé sur :

- la finalisation de notre texte de base pour l'éventuelle initiative pour une politique de sécurité crédible,
- notre concept marketing et communication en pleine et la mise en place du secrétariat général.
- la création et la mise en place concrète de la fondation des officiers de l'armée suisse. À ce titre tous les dons sont les bienvenus (IBAN CH38 0026 2262 1041 1901 K [UBS Solothurn]).

Les trois C

Pour toutes ces raisons j'invite chacun à appliquer sans restriction ces 3 piliers que j'ai fixés pour 2013 à savoir la cohésion, la crédibilité et la continuité.

– **Cohésion** : la SSO doit rester unie pour être forte ! Des différences existent... qu'elles soient culturelles, linguistiques, politiques, c'est une réalité !

Des avis différents s'expriment (et c'est tant mieux) mais sachons privilégier ce qui nous rassemble et mettre de côté les différences. La division serait la première victoire des adversaires d'une saine et moderne politique de sécurité. Des questions essentielles pourraient diviser les différentes composantes

de l'armée. Que nenni sachons rester unis et souvenons-nous toujours que nous défendons un système global et pas une composante au détriment de l'autre.

– **Crédibilité** : la crédibilité est, à mes yeux, essentielle pour notre action. Elle se mesure à notre capacité à appliquer sans restriction le principe énoncé-déduction-conséquences, à notre capacité à défendre avec des arguments actuels notre ligne rouge, à notre capacité à défendre une vision sécuritaire fondée sur une saine approche des menaces, à notre capacité à défendre un nécessaire équilibre entre prestations et ressources, à notre capacité à regarder vers l'avant.

– **Continuité** : nous avons fixé une ligne dans notre papier de position, et nous devons nous y tenir, c'est une question de continuité dans la pensée. Si cette ligne rouge devait être franchie, il faudra alors faire preuve là encore de continuité

Je suis voyagé à travers de la Suisse durant l'exercice 2012 pour aller voir nos sections et j'ai pu constater que la SSO fonctionnait réellement du bas vers le haut et que partout en suisse on vit très mal ces interminables polémiques sur notre politique de sécurité. Quel plaisir et quelle fierté de voir que la SSO vit, travaille et avance !

Je termine avec une citation du Général Henri Guisan : « **Restons calmes – forts – unis. De cette façon, nous resterons des hommes libres !** »

Dienstpflicht anstatt Wehrpflicht?

Der grosse Irrtum von Avenir Suisse

Simon Küchler

Avenir Suisse vertritt in ihrem neuen Buch «Ideen für die Schweiz» die Umwandlung der Allgemeinen Wehrpflicht in eine allgemeine Dienstpflicht für alle, auch für die Frauen. Wenn man weiss, welche hohen Ansprüche Avenir Suisse an sich selber stellt, ist diese Fragestellung höchst fragwürdig, weil sie das geltende Völkerrecht völlig ausser Acht lässt.

Wer ist Avenir Suisse?

Avenir Suisse wurde 1999 von 14 international tätigen Schweizer Firmen ins Leben gerufen. 2004 beschloss der Stiftungsrat, die Aktivitäten des «Think-Tank» (Vordenkerrolle) unbefristet weiterzuführen. Als unabhängiger Think-Tank engagiert sich Avenir Suisse für die gesellschaftliche und wirtschaftspolitische Entwicklung der Schweiz. Im Gegensatz zu Interessen-Verbänden beteiligt sich Avenir Suisse nicht aktiv an Vernehmlassungen oder Abstimmungskampagnen, sondern will vielmehr als Think-Tank möglichst frühzeitig Beiträge zur wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Meinungsbildung leisten. Soweit Aussagen aus dem Leitbild der Organisation.

Fragwürdiger Zeitpunkt

Wenn Avenir Suisse für sich in Anspruch nimmt, sich nicht direkt an Abstimmungskampagnen zu beteiligen, ist dies im Vorfeld der GSoA-Initiative (Volksabstimmung vermutlich im Herbst 2013), welche die allgemeine Wehrpflicht ab-

schaffen will, eine zumindest indirekte Einflussnahme auf die Meinungsbildung. Im Vorfeld des Abstimmungskampfes könnte als Alternative der Vorschlag von Avenir Suisse, nämlich die Wehrpflicht durch eine allgemeine Dienstpflicht zu ersetzen, verschiedene Leute dazu bewegen, die GSoA-Initiative zu unterstützen, um den Weg zu öffnen für eine allgemeine Dienstpflicht. Warum nicht? Es wäre doch schön, wenn der Arbeitskräftemangel in vielen Sozialdiensten durch die Dienstpflicht junger Frauen vermindert werden könnte.

Unrichtige Fragestellung

Es ist mehr als erstaunlich, dass eine «Vordenker-Organisation» mit so hohen Ansprüchen wie Avenir Suisse eine Frage aufwirft, die völ-

kerrechtlich gar nicht umsetzbar ist. Gemäss Artikel 4, Absatz 2, der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), erfüllt eine allgemeine Dienstpflicht den Tatbestand der Zwangsarbeit und ist deshalb nicht möglich. Einzige Ausnahmen bilden der Wehrdienst mit dem zivilen Ersatzdienst und Dienstleistungen bei Notständen und Katastrophen, wie im Artikel 14 der EMRK aufgeführt:

Gutachten nicht beachtet

Avenir Suisse hätte zumindest das Gutachten von Professor Dr. Rainer J. Schweizer von der Universität St. Gallen vom 23. August 2010 zur Kenntnis nehmen müssen. Professor Schweizer beurteilt darin zuhanden des VBS die verfassungs- und völkerrechtlichen Anforderun-

gen an die Verteidigungskompetenz der Armee. Dabei kommt er auch auf die völkerrechtlich eingeschränkte Wehrpflicht zu sprechen, bzw. die Unmöglichkeit einer allgemeinen Dienstpflicht. Zumindest diese Aussagen hätte Avenir Suisse zur Kenntnis nehmen müssen, anstatt mit einem völkerrechtlich unhaltbaren Vorschlag eine völlig falsche und unrealistische Diskussion vom Zaune zu reissen.

Deutschland und Österreich

Es gibt nur zwei Alternativen zur allgemeinen Wehrpflicht: die Freiwilligkeit und das Berufsheer, das ja auch auf Freiwillige angewiesen ist. Den Weg der Freiwilligkeit hat Deutschland nun beschritten mit dem Ergebnis, dass ein Drittel der Freiwilligen beim erstmaligen Termin wieder aussteigt. Österreich hat vor kurzem für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht gestimmt, auch weil dort die Dienstverweigerer mehrheitlich im Rotkreuzdienst und in der Katastrophenhilfe eingesetzt werden und man diese Dienstleistenden nicht verlieren wollte. Bei einer Freiwilligkeit des Wehrdienstes hätte es keine Verweigerer mehr gegeben, und die Kräfte im Rotkreuzdienst und in der Katastrophenhilfe wären nicht mehr verfügbar gewesen.

Falsche politische Diskussion

Es ist zu hoffen, dass die falsche Idee einer allgemeinen Dienstleis-



tungspflicht im Vorfeld der Wehrpflichtabstimmung nicht zu einer unnötigen politischen Diskussion führt. Vor geraumer Zeit äusserte der Zentralpräsident der CVP Schweiz, Nationalrat Christophe Darbellay, die Absicht, den Ersatz der Allgemeinen Wehrpflicht durch eine allgemeine Dienstpflicht ins Parteiprogramm aufnehmen zu lassen. Aufgrund meiner Intervention und dem Hinweis auf die völkerrechtlichen Aspekte hat er darauf verzichtet. Es bleibt zu hoffen, dass Avenir Suisse den Irrtum einsieht und diesen verkehrten Denkanstoss möglichst rasch berichtigt und zu Grabe trägt.

Simon Küchler, Korpskommandant a D und letzter Vertreter der Miliz als Kommandant des Gebirgsarmekorps 3 (1993–1999), ist Vizepräsident von Pro Militia.

Gegen den wiederholten Angriff der Armee-Abschaffer

Für eine sichere Schweiz durch Militärdienstpflicht und Milizprinzip gemäss Bundesverfassung

Heinrich L. Wirz

Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) – der Name ist ihr Ziel – greift diesmal den Sicherheitsraum Schweiz nicht frontal an, sondern flankierend. Sie will mit ihrer Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» die verfassungsmässige Militärdienstpflicht für Schweizer Bürger aufheben.

Heute lautet Artikel 59 der Bundesverfassung: «Jeder Schweizer ist verpflichtet, Militärdienst zu leisten. Das Gesetz sieht einen zivilen Ersatzdienst vor.» Die armeegegnerischen Initianten, unterstützt durch das rot-grüne parlamentarische Lager, versuchen nach ihren 1989 und 2001 gescheiterten Initiativen zur Totalabschaffung der Armee einen neuen Anlauf. Sie wollen den Verfassungsartikel wie folgt umkehren: «Niemand kann verpflichtet werden, Militärdienst zu leisten. Die Schweiz hat einen freiwilligen Zivildienst.»

Mogelpackung: absurder Inhalt

Die ideologisch-gesellschaftspolitischen Beweggründe der Wehrpflicht-Abschaffer halten einer seriösen Prüfung nicht stand. Da ist fälschlicherweise von einem «Relikt des Kalten Krieges» die Rede, wie wenn «Jeder Schweizer ist wehrpflichtig» nicht schon in der Bundesverfassung von 1848 gestanden hätte. Da wird gegen das «Massenheer» argumentiert, wobei ausgerechnet in unserem Lande im Normalfall nur eine geringe Zahl von Armeegehörigen gleichzeitig und erst noch zeitlich befristet Militärdienst leistet. Die Initiative stelle das Milizprinzip gemäss Artikel 58 der Verfassung nicht in Frage, schliesse damit eine Berufsarmee aus und führe zu einer «freiwilligen Milizarmee»: Etikettenschwindel und weltfremde Vorstellungen. – Aus nahe liegenden Gründen wären auch Freiwill-

lige als militärische Berufsleute vertraglich zu binden, obschon sie gemäss Initiativtext gar nicht zum Militärdienst verpflichtet werden könnten. Bei drohenden Konflikten müssten zwecks Wieder-Einführung der Militärdienstpflicht zuerst Bundesverfassung und Militärgesetz geändert werden – ein zeitlich und sachlich absolut irrales Vorgehen. Die Initianten ziehen jedes erdenkliche Argument gegen die Wehrpflicht an den Haaren herbei, verschweigen jedoch, wie Freiheit und Sicherheit sowie Unabhängigkeit und Neutralität unseres Landes gewahrt werden sollen.

Für die Militärdienstpflicht – gegen die Abschaffung der Milizarmee – für die erforderlichen Finanzen

Das einzigartige helvetische Dienstpflichtsystem – Armee und Zivilschutz (beides freiwillig für Schweizerinnen) sowie Wehrpflichtersatz und Zivildienst – ist in

Verfassung und Gesetz demokratisch abgestützt. Es begegnet den heutigen Bedrohungen glaubwürdig und kann dank den beruflichen Fähigkeiten der Dienstleistenden auch auf neuartige Gefahren ausgerichtet werden, zum Beispiel in der Elektronischen Kriegsführung (Cyber War). Die Bestände der Polizei und die verfassungsmässigen Aufgaben der Armee zur Unterstützung der zivilen Behörden in der Inneren Sicherheit erfordern, dass schlimmstenfalls eine grosse Zahl Militärdienstpflichtiger über längere Zeit aufzubieten ist. Deren Einsätze dauern rund um die Uhr, zum Beispiel für die Bewachung landeswichtiger und völkerrechtlich geschützter Einrichtungen. Solche Aufträge einerseits und die wirtschaftliche Notwendigkeit von Ablösungen andererseits bedingen wiederum hohe verfügbare Personalbestände.

Die Sicherheit von Land und Bevölkerung des Werk- und Finanzplatzes Schweiz darf doch nicht von einer aus finanziellen Gründen kleineren Zahl bezahlter «freiwilliger» Berufsmilitärs abhängen – eine äussert beunruhigende Horrorvorstellung. Zum grundlegenden schweizerischen Selbstverständnis gehört der Einsatz für das Gemeinwohl im Sinne von Artikel 6 der Bundesverfassung, wonach jede Person «nach ihren Kräften zur Bewältigung der Aufgaben im Staat

und Gesellschaft» beiträgt. Die Militärdienst leistenden Mitbürgerinnen und Mitbürger haben jedoch Anrecht auf eine gründliche Ausbildung sowie auf eine kampftaugliche Ausrüstung und Bewaffnung. **Zu diesem Zwecke sind das Parlament und vor allem der Bundesrat aufgefordert, der Armee endlich die erforderlichen Finanzen zu bewilligen – für eine sichere Schweiz mit Militärdienstpflicht und bewährtem Milizprinzip.**



Heinrich L. Wirz, Oberst a D mit letzter Einteilung im Stab Operative Schulung, ist Militärpublizist SFJ/BR und Verfasser militärpolitisch/historischer Publikationen.

Nationalrat

Neuerscheinungen

12.3983 Motion SiK-NR – Konsequente Umsetzung des Bundesbeschlusses vom 29. September 2011 zum Armeebericht

Annahme der Motion mit 99 gegen 66 Stimmen bei 8 Enthaltungen

Sitzung vom 21. März 2013 [Wortprotokoll, Auszug]

Eichenberger-Walther Corina (RL, AG), für die Kommission: Am 29. September 2011 hat das Parlament den Armeebericht zur Kenntnis genommen und dabei den Bundesrat mit der Weiterentwicklung der Armee und der Ausarbeitung einer Änderung der entsprechenden Rechtsgrundlagen beauftragt. Das Parlament legte dabei unter anderem die Eckwerte fest, und zwar wie folgt: Die Armee verfügt zur Erfüllung ihrer Aufträge über einen Soll-Bestand von 100 000 Militärdienstpflichtigen; die Finanzierung muss bei einem Ausgabenplafond von 5 Milliarden Franken ab 2014 die Einhaltung der Eckwerte sowie die Beseitigung der Ausrüstungslücken und die geplante Ersatzbeschaffung der Kampfflugzeuge sicherstellen.

Am 25. April 2012 fasste der Bundesrat nach einer Aussprache den Beschluss, das Armeemodell mit 100 000 Armeeingehörigen zu verfolgen und entgegen dem Beschluss des Parlamentes den Armeeplafond auf insgesamt 4,7 Milliarden Franken festzulegen. Dies wurde im Finanzplan 2014–2016 entsprechend abgebildet. Auf der Basis von 4,7 Milliarden Franken steht auch das Gripen-Fondsgesetz, das vorsieht, dass jährlich 300 Millionen Franken in den Gripen-Fonds fliessen. Damit sollen also heute gemäss den Beschlüssen des Bundesrates 4,4 Milliarden Franken für die Finanzierung der Armee, d. h. die Deckung der Ausrüstungslücken, die Instandhaltung von Immobilien und den allgemeinen Betrieb und Unterhalt der Armee, zur Verfügung stehen. Der Bundesrat änderte somit den mit grosser Mehrheit beider Räte gefassten Beschluss ab. Gemäss Artikel 28 des Parlamentsgesetzes stellen Planungs- und Grundsatzbeschlüsse Vorentscheidungen dar, die festlegen, dass bestimmte Ziele anzustreben, Grundsätze und Kriterien festzulegen oder Massnahmen zu planen sind. Der Bundesrat hat zudem am 21. September 2012 die Eckwerte für die Botschaft zum Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014 festgelegt. Innerhalb dieser jährlichen Haushaltentlastung leistet auch das VBS seinen Beitrag mit jährlichen Kürzungen. Bereits im September 2011, als mit der Kenntnisnahme des Armeeberichts die Eckwerte festgelegt wurden, stand fest, dass die Armee ihre Ausgaben von den damals ausgewiesenen 5,4 Milliarden auf 5 Milliarden reduzieren müsse. Bereits diese Reduktion stellt eine grosse Sparvorgabe für die Armee dar. Parallel dazu, innerhalb der Beschaffung der neuen Flugzeuge, sollen jährlich 300 Millionen in den Gripen-Fonds fliessen. Unter dem Strich soll es also weniger Geld für die nun auch vom Bundesrat akzeptierte Grösse der Armee von 100 000 Armeeingehörigen geben. Die Armee soll weiter ihre Aufträge glaubwürdig erfüllen können.

Die Kommission hat sich intensiv mit der Frage der Finanzierung, den Aufträgen, dem Leistungsprofil und den Kreditresten auseinandergesetzt. Dabei wurde festgestellt,

dass es für die Armee wichtig ist, die Planungssicherheit herzustellen und damit nicht immer neue Eckwerte ins Spiel zu bringen – dies zum einen im Hinblick auf die Ausbildung der Armeeingehörigen und die Planung der Beschaffungen, zum anderen auch im Hinblick auf die Planung in der Wirtschaft und der Rüstungsindustrie. Da wiederum geht es um Arbeitsplätze.

Die Planung wird damit, abweichend vom ursprünglichen Beschluss des Parlamentes, effektiv mit einem Bestand von 100 000 Armeeingehörigen und einem Budget von 4,4 Milliarden Franken vorgenommen. Damit sind nicht nur Aufträge und Aufgaben der Armee infrage gestellt, sondern es müssen auch am Leistungsprofil Abstriche gemacht werden.

Die Konsequenzen dieser vom Bundesrat beschlossenen erneuten Reduktion auf 4,4 Milliarden Franken, zuzüglich der Einlage in den Gripen-Fonds, wurden in der Kommission eingehend diskutiert. Dabei stehen die Schliessung von Standorten, Flugplätzen, Armeespitälern und Waffenplätzen in verschiedenen Kantonen zur Diskussion.

Das Zwei-Start-Modell der RS, das nun vorgesehen ist und wesentliche Verbesserungen bringen soll, ist infrage gestellt, ebenso die Verkürzung der Dienstleistungszeit. Auch an der Ausrüstung müssten Abstriche gemacht werden. Die Herstellung der vollständigen Ausrüstung für die Truppe würde sich hinauszögern.

Auch die Frage des Verhältnisses der Betriebskosten zu den Investitionen wurde diskutiert. Günstig liegt dieses Verhältnis, wenn für den Betrieb etwa 60 Prozent verwendet werden, während dann etwa 40 Prozent für Investitionen und die Erneuerung zur Verfügung stehen. Dieses Verhältnis hat sich in den letzten Jahren laufend zuungunsten der Investitionen verschlechtert. Damit besteht nach Ansicht der Mehrheit der Kommission die Gefahr, dass die Armeeausrüstung und die Immobilien veralten. Auch die Tatsache wurde besprochen, dass die Armee in den letzten zwanzig Jahren namhafte Beiträge zu Sparprogrammen beigetragen hat. Damit hat sich ihr Budget in den letzten Jahren im Vergleich zu jenem von vor zwanzig Jahren von 20 Prozent des Haushaltes auf etwa 7 Prozent reduziert.

Es wurde festgestellt, dass sich grundsätzlich die Bedrohungslage in den letzten zwanzig Jahren nach dem Fall der Mauer verändert hat und damit die Armee sich auf die neue Lage einzustellen hat. In der Diskussion wurde aber auch klar, dass die Bedrohungslage mit dem arabischen Frühling gerade in den letzten zwei Jahren wieder unklarer und volatiler geworden ist. So argumentiert die Mehrheit, die deshalb an den Eckwerten einer Armee mit 100 000 Armeeingehörigen und einem Plafond von fünf Milliarden Franken festhalten will und verlangt, dass die Planung der Weiterentwicklung der Armee auf dieser Basis vorgenommen wird.

Die Minderheit führte aus, dass es der falsche Ansatz sei, den Plafond

festzulegen, ohne eine Auslegeordnung zu machen und über die heutigen Herausforderungen der Armee und die heutigen Bedrohungen zu diskutieren. Die Minderheit vertritt auch die Meinung, dass der Umbau des Leistungsprofils unter Berücksichtigung der heutigen Bedrohungen und die Finanzierbarkeit der Armee Priorität haben.

Es müsse zuerst definiert werden, welche Herausforderungen die Armee heute zu bewältigen habe, bevor ihr Finanzen zur Verfügung gestellt werden. Eine kleinere, aber gut ausgerüstete Armee sei viel sinnvoller. Im Weiteren seien auch die Konsequenzen des geplanten Sparprogrammes aufzuzeigen, und zwar nicht nur bezüglich der Armee, sondern auch bezüglich der anderen Staatsaufgaben, vor allem auch als Konsequenz der Erhöhung des Plafonds. Über die aktuelle Bedrohungslage schieden sich die Geister der Mehrheit und der Minderheit.

Ein grosses Thema waren die an die Bundeskasse in den letzten Jahren zurückgegebenen Kreditreste, die bis und mit 2012 zirka eine Milliarde Franken betragen. Solange die Armee jährlich Geld zurückgibt, sei eine Erhöhung der finanziellen Mittel kein Thema. Kreditreste entstanden in den letzten Jahren, weil Budgetpositionen nicht aufgebraucht wurden. Dies geschah infolge von Verzögerungen bei Projekten, von Verzögerungen in der Auslieferung beschlossener Anschaffungen und infolge der Aufgabe ganzer Projekte. Kreditreste könnten in das Folgejahr übertragen werden, wenn die Schuldenbremse eingehalten wird. Aber zur Einhaltung der Schuldenbremse konnten in den letzten drei Jahren keine Kreditreste übertragen werden. Der Einwand, die Armee verfüge aufgrund dieser Tatsache über zu viele Mittel, verängt deshalb für die Mehrheit der Kommission nicht, denn bereits der Betrieb verschlingt einen grossen Teil des Budgets, und mit den Investitionen gerät die Armee in den Rückstand. Es wurden auch die Konsequenzen des Entscheides des Bundesrates diskutiert, falls in Zukunft eine Armee von 100 000 Armeeingehörigen 4,4 Milliarden Franken zur Verfügung habe, zuzüglich des Zuschusses für den Gripen-Fonds in der Höhe von 300 Millionen Franken. Es wurde von der Schliessung von Waffenplätzen, Armeespitälern und Flugplätzen gesprochen, vom Verzicht auf gewisse Systeme und von verzögerten Beschaffungen und geschwächten Ausrüstungen für die Truppe. Die Kommissionsmehrheit will aber auf keinen Fall, dass aufgrund eines verkleinerten Budgets und der vorgesehenen Anschaffung der Flugzeuge für die Armee das Heer gegen die Luftwaffe ausgespielt wird. Die Armee ist als Gesamtsystem zu betrachten und zu behandeln. Die Beseitigung der Ausrüstungslücken der Truppen muss weiter angestrebt werden. Die Kommission hat mit 15 zu 10 Stimmen der Kommissionsmotion zugestimmt und bittet Sie, dasselbe zu tun. [...]

Heinrich L. Wirz, Florian A. Strahm

Der Tiger-Teilersatz (TTE) in temporären Turbulenzen

Eine chronologische Dokumentation mit Daten, Fakten, Zahlen und Zitaten für das Jahr 2012

Schriftenreihe der Eidgenössischen Militärbibliothek und des Historischen Dienstes
Publications de la Bibliothèque militaire fédérale et du Service historique

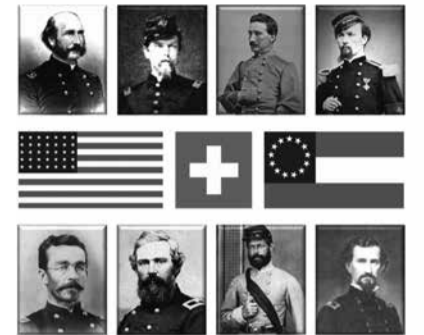
Nr. 50

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Heinrich L. Wirz, Florian A. Strahm

Schweizer im Amerikanischen Sezessionskrieg 1861-1865

100 Offiziere, 6 Generale – Von Aschmann über Frey und Lecomte bis zu Zollicoffer

Schriftenreihe der Eidgenössischen Militärbibliothek und des Historischen Dienstes
Publications de la Bibliothèque militaire fédérale et du Service historique

Nr. 49

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Heinrich L. Wirz / Florian A. Strahm: Der Tiger-Teilersatz (TTE) in temporären Turbulenzen – Eine chronologische Dokumentation mit Daten, Fakten, Zahlen und Zitaten für das Jahr 2012

Format A5, 272 Seiten, Abbildungen, broschiert.
Fortsetzung der 2. Auflage (2011). Bern, Januar 2013.
ISBN 3-906969-49-5
Verkaufspreis: 25.–
Bibliothek am Guisanplatz
Papiermühlestrasse 21 A
3003 Bern
Tel. 031 324 50 99
Fax 031 324 50 93
www.guisanplatz.ch

Heinrich L. Wirz / Florian A. Strahm: Schweizer im Amerikanischen Sezessionskrieg 1861-1865 – 100 Offiziere, 6 Generale – Von Aschmann über Frey und Lecomte bis zu Zollicoffer

Format A5, 64 Seiten, Abbildungen, broschiert.
ISBN 3-906969-48-7
Verkaufspreis: 15.–
Bibliothek am Guisanplatz
Papiermühlestrasse 21 A
3003 Bern
Tel. 031 324 50 99
Fax 031 324 50 93
www.guisanplatz.ch

Zu «Pro Militia» 1/2013

Die vorliegende Zeitung erscheint entgegen bisheriger Usanz erst nach der Frühjahrs-session 2013.

Der bisherige Chefredaktor, Reinhard Wegelin, wird seit Ende 2012 durch seine neue Berufstätigkeit vollzeitlich in Anspruch genommen. Bitte beachten Sie die Ausschreibung auf Seite 8 dieser Ausgabe!

Der Vorteil der späteren Auslieferung sind Informationen von der Delegiertenversammlung der Schweizerischen Offiziersgesellschaft (SOG) vom 16. März 2013 in Thun und von der Frühjahrs-session der Eidgenössischen Räte in Bern.

Die unabhängige Zeitung «Pro Militia» ist weder das Sprachrohr der SOG noch der Bundesbehörden. Trotzdem legen wir grössten Wert darauf, sehr geehrte Leserinnen und Leser, Ihnen die Referate des Bundespräsidenten, des Präsidenten der SOG sowie der Sprecherin der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates über deren Motion zu Personalbestand und Finanzen der Armee im Wortlaut vorzulegen.

Dies umso mehr, weil in den schweizerischen Druckmedien, wenn überhaupt, nur kärglich über die militärpolitisch richtungweisende Delegiertenversammlung der SOG zu lesen war.

Red.

Au sujet de «Pro Militia» 1/2013

Contrairement à l'usage, la présente édition paraît seulement après la session de printemps 2013.

Le rédacteur en chef actuel, Reinhard Wegelin a été accaparé dès fin 2012 par sa nouvelle fonction professionnelle. Veuillez à ce sujet prendre note de la mise au concours placée à la page 8 de la présente édition!

L'avantage de cette situation nous permet de vous informer sur l'assemblée des délégués de la Société Suisse des Officiers (SSO) du 16 mars 2013 à Thoun ainsi que sur la session de printemps des Chambres fédérales à Berne.

«Pro Militia», journal parfaitement indépendant, n'est le porte-parole ni de la SSO, ni de l'administration fédérale.

Cela ne nous empêche pas, chères lectrices et chers lecteurs, de vous soumettre le texte des importantes interventions du Président de la Confédération, du Président de la SSO, de même que la motion de la porte-parole de la commission de politique de sécurité du Conseil national portant sur l'effectif du personnel et les finances de l'armée.

Cela d'autant plus que la presse écrite suisse s'est montrée pour le moins discrète sur la nouvelle orientation politico-militaire présentée lors de l'assemblée des délégués de la SSO.

Réd.

Buchempfehlungen / Recommendations de livres

Heinrich L. Wirz



René Bondt
Der Minister aus dem Bauernhaus
Handelsdiplomats Jean Hotz und seine turbulente Zeit

Ein begnadeter Handelsdiplomats vor während und nach dem Zweiten Weltkrieg erhält bereits zu seinen Lebzeiten ein Denkmal – zu Recht.

«Jean Hotz handelte, bescheiden und ohne Pomp, aber hartnäckig zum Wohl von Land und Leuten. Mit einer klugen, dauerhaft nach allen Seiten auf Ausgleich und Ausgewogenheit bedachten Handelspolitik verstand er es, Schaden von der existentiell bedrohten Schweiz abzuwenden.» Bundesrätin Doris Leuthard in ihrem Vorwort.

Der promovierte Zürcher Historiker René Bondt war Zeit seines Lebens journalistisch tätig, zuletzt als Stellvertretender Chefredaktor der Tageszeitung «Zürcher Oberländer». Er würdigt in seinem sehr lesenswerten und verdienstvollen Werk eine hervorragende Schlüsselperson der Schweiz im Zweiten Weltkrieg.

Jean Hotz (1890–1969), im bäuerlichen Nänikon bei Uster (Kanton Zürich) geboren, bewältigte eine beispiellose Laufbahn im Dienste unseres Landes. Er erwirkte bleibende wirtschaftspolitische Verhandlungserfolge vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Der aus einfachen Verhältnissen stammende Bauernsohn durchlief eine Banklehre und auf dem zweiten Bildungsweg ein Ökonomiestudium. Von 1935 bis 1954 stand er der Handelsabteilung im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement vor. Daneben leitete er die Ständige Delegation des Bundesrates für Wirtschaftsverhandlungen mit dem Ausland. Für den «Handelsgeneral» bestanden zwischen 1939 und 1945 zu den Überlebensfaktoren Arbeit, Brot, sozialer Friede und territoriale Unversehrtheit keine praktische Alternative.

René Bondt erwähnt kritisch die widersprüchlichen Aussagen über Jean Hotz im so genannten Bergier-Bericht der «Unabhängigen Exper-

tenkommission Schweiz-Zweiter Weltkrieg» (UEK). Einerseits registriert der Verfasser mit Befriedigung das positive Gesamturteil Bergiers über Jean Hotz. Andererseits widerspreche diese Bewertung einzelnen UEK-Autoren – «heute etabliert in den akademischen Denkschulen der neueren Schweizer Geschichte». Mit ihrem «Schrottschussverfahren» bleibe immer «irgendetwas» hängen. Moralisierend seien frühere Generationen zu Unrecht unter Generalverdacht gesetzt worden. Bei allen Gelehrtenexperimenten über aussenwirtschaftliche Alternativen während des Zweiten Weltkrieges gebe es kein praxistaugliches Gegenmodell für die helvetische «mission impossible» zwischen 1939 und 1945.

Jean Hotz sagte am 8. Januar 1949: «Unser Land darf sich in wirtschaftlicher Hinsicht sehen lassen, ja es wird nicht selten mit einem gewissen Neid beurteilt, wenn wir feststellen können, dass wir uns auch im vergangenen Jahr eine Vollbeschäftigung, geordnete Finanzen, eine der besten und stabilsten Währungen erhalten konnten und auch heute noch vom Joch jeder Devisenbewirtschaftung frei sind.» Frage: Wie würde wohl der helvetische «Verhandlungskünstler» heute die wirtschafts- und finanzpolitische Lage der Schweiz beurteilen?



Unterschätzte Gefahren, elf Szenarien aus der Zukunft und eine robustere Zivilisation – Wie neue Krisen und Kriege verhindern?

«Dieses Buch könnte Ihnen Angst machen. Schon in der Gegenwart gibt es Konflikte, Katastrophen und schlechte, besorgniserregende Nachrichten im Überfluss.» (Seite 9)

Die Tagessnachrichten zeigten, wie verletzlich und zerbrechlich die menschliche Zivilisation sei. Dazu kämen Überraschungen mit globalen Auswirkungen. Ein tunesischer Gemüsehändler setzte im Dezember 2012 durch seine öffentliche und tödliche Selbstverbrennung unbeabsichtigt die «Arabellion» in Gang.

Ein gewaltiges Erdbeben löste im März 2011 im Pazifik westliche von Japan eine Monsterwelle aus, die fast 16000 Menschen tötete, beinahe zu einer Atomkatastrophe führte und die Energiepolitik Deutschlands und im Übrigen auch der Schweiz veränderte. Ausgerechnet in Norwegen verursachte ein radikaler Islamhasser eine Massaker unter Jugendlichen mit 77 Toten. Wer hätte die von den Vereinigten Staaten von Amerika ausgehende und auf Europa übergeschwappte Finanz- und Schuldenkrise vorausgesagt?

Die Autoren stellen ein sich verstärkendes Gefühl fest, nicht auf die nächste, vielleicht noch grössere Überraschung vorbereitet zu sein. «Eine generelle Verunsicherung breitet sich aus, weil selbst berufene Institutionen wie die Nachrichtendienste und Regierungsstrategien nicht einmal mehr

zu ahnen scheinen, woher die nächsten Einschläge kommen werden.» (S. 11). Es schein festzustellen, dass das 21. Jahrhundert kein ruhiges sein werde. Gibt es mögliche Konfliktursachen, an die noch keiner denkt? Zeichnen sich langsame globale Verschiebungen ab, die nicht wahrgenommen werden und deshalb so gefährlich sind? Drohen sogar Kriege, weil die Regierungen sich falsch ausrichten oder mit den gegenwärtigen Krisen überfordert sind? Die Autoren bejahen alle drei Fragen. «Schlimmer noch: Ohne grundlegende Veränderungen [...] droht das 21. Jahrhundert stürmisch und kriegerisch zu werden.» (S. 12).

Andreas Rinke (1961) ist promovierter Historiker und politischer Chefkorrespondent der Nachrichtenagentur Reuters. Er beschreibt seit vielen Jahren die deutsche und internationale Aussen- und Sicherheitspolitik, was ihn in fast hundert Länder geführt hat. Christian Schwägerl (1968) ist Biologe und schreibt über wissenschaftliche und ökologische Umbrüche sowie ihre Folgen für Politik und Gesellschaft. Er hat für seine Publikationen den «Georg von Holtzbrinck Preis für Wissenschaftsjournalismus» erhalten.

«Lösungen statt Apokalypse – Die Szenarien sind zwangsläufig konfliktorientiert. Im Fokus steht, warum aus einer anfangs noch undramatisch wirkenden Situation ein «Krieg» mit völlig unterschiedlichen Facetten entstehen kann.» (S. 58) Jedoch geht es den Autoren bei den beschriebenen Szenarien um Entwicklungen, die eben gerade verhindert werden sollen.

Dieses trotz anspruchsvollen Inhaltes eingängig zu lesende Werk muss einer breiten Leserschaft hoch empfohlen werden. Die schweizerische Sicherheitspolitik ist zu wichtig, als dass man sie nur den Behörden und den Generälen überlassen könnte.

Andreas Rinke / Christian Schwägerl:
11 drohende Kriege – Künftige Konflikte um Technologien, Rohstoffe, Territorien und Nahrung

434 Seiten, 11 Karten, Anmerkungen, Personenregister, gebunden.
C. Bertelsmann Verlag, München 2012.
ISBN: 978-3-570-10120-9
Verkaufspreis: Fr. 31.50

René Bonth:
Der Minister aus dem Bauernhaus – Handelsdiplomats Jean Hotz und seine turbulente Zeit
Vorwort von Bundesrätin Doris Leuthard.
320 Seiten, Abbildungen, Zeittafel, gebunden.
Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich 2010.
ISBN 978-3-03823-636-8
Verkaufspreis Fr. 39.–

Zweites Kriegsjahr 1940: Die dramatische Geschichte eines Dreifachmörders und der letzten Guillotine-Hinrichtung in der Schweiz.

«Als 1940 in Sarnen die letzte Hinrichtung mit dem Fallbeil in der Schweiz stattfand, war dies ein Ereignis, das nicht nur die Gemüter in Obwalden ausserordentlich bewegte, stand doch nach einer eidgenössischen Volksabstimmung mit knappem Ausgang fest, dass spätestens am 1. Januar 1942 in allen Kantonen die Todesstrafe abgeschafft sein musste.» (Seite 341)



Carlo von Ah: Der letzte Schnitt – Das Drama um die letzte Hinrichtung in der Schweiz

Vorwort von Bundesrätin Doris Leuthard.
351 Seiten, Abbildungen, broschiert.
Verlag Pro Libro, Luzern 2010.
ISBN 978-3-905927-13-9
Verkaufspreis Fr. 32.–

Kriminalromane vom gleichen Autor (www.carlovonah.ch):

Sylvesterball, Luzern 2006.
Der Club zur Vollendung, Luzern 2007.
Früchte der Erniedrigung, Luzern 2009.

Der Verfasser verwebt Personen, Politik, Religion, Umfeld und Zeitgeschichte des Zweiten Weltkrieges mit dem Leben und Sterben des Dreifach-Mörders Hans Vollenweider zu einer fesselnden Schilderung. Dessen Hinrichtung war der letzte Vollzug der Todesstrafe einerseits mittels der Guillotine und andererseits gemäss zivilem Strafrecht.

Carlo von Ah, Bürger von Obwalden, begann erst nach unternehmerischen Führungsfunktionen und militärischer Laufbahn als Generalstabsoffizier zu schreiben. Er zeichnet diesen aussergewöhnli-

chen Fall in der schweizerischen Kriminalgeschichte auf Grund umfangreichen Quellenmaterials anschaulich, eingehend, tiefgründig und dennoch leserfreundlich nach. Er erweckt Verständnis für die Gefühle und Handlungen der Menschen jener Zeit und stellt das makabre Geschehen und die öffentlichen Reaktionen rund um die schweren Verbrechen und um die Hinrichtung in den Rahmen des Zweiten Weltkrieges und dessen Wahrnehmung in der Schweiz.

Der 1908 in Zürich in schwierige Familienverhältnisse hinein geborene und spätere kaufmännische

Angestellte Hans Vollenweider rutschte immer tiefer ins Verbrechen, erhielt 1936 eine Zuchthausstrafe, floh aus der Arbeitskolonie und tötete skrupellos und vorsätzlich drei Menschen. Über ein Insekt suchte er für einen vorgetäuschten Auftraggeber einen «Herrschaftschauffeur» mit der Absicht, diesen zu beseitigen, um dessen Identität anzunehmen, was er kaltblütig ausführte. Daraufhin erschoss er auf offener Strasse einen Postboten, um dessen Geldtasche zu behändigen, was ihm misslang.

Das dritte Opfer war ein junger Obwaldner Kantonspolizist, der den Täter einer Personenkontrolle unterziehen wollte.

Nach einigen juristischen Kompetenzstreitigkeiten mit den Kantonen Zug und Zürich infolge der Tatorte der Verbrechen verurteilte das Kantonsgericht des Kantons Obwalden nach aufwühlenden Verhandlungen den Angeklagten zum Tode und zu finanziellen Neben-

strafen, insbesondere zu Gunsten der Ehefrau des ermordeten Polizisten. Der Verurteilte appellierte gegen das Urteil und versuchte eine Selbsttötung. Aber der Obwaldner Kantonsrat bestätigte in geheimer Abstimmung die Todesstrafe – vollzogen am 18. Oktober 1940 im Morgengrauen.

Jürgen Peter Flückiger (1934–2013) Rédacteur en chef durant 13 ans de «Pro Militia»

Jürgen Peter Flückiger, deuxième rédacteur en chef de «Pro Militia» – le journal s'appelaient alors «Diamant» – a assumé sa direction dès l'édition 2/1994 et sa quatrième année de parution. Il portait en lui toutes qualités pour assumer avec talent son long et précieux engagement rédactionnel.

Tout d'abord une riche expérience professionnelle acquise à l'Agence Télégraphique Suisse (ATS) puis au quotidien Luzerner Tagblatt. Ensuite, il connaissait bien en tant qu'ancien officier instructeur la politique de sécurité suisse. Enfin, Peter Flückiger était un parfait bilingue – allemand/français – et comprenait bien l'italien.

Lors de son retrait après 13 ans en tant que rédacteur en chef, l'ancien conseiller national Jean-Pierre Bonny, à l'époque président, avait insisté sur le fait que Peter Flückiger quittait, avec la dernière édition de l'année 2006, une fonction clé remplie à la grande satisfaction de tous. «Il ne se contentait pas de créer un journal de belle qualité mais était en permanence à disposition pour assurer la traduction de textes en français ou en allemand.»

«Sans se départir de sa discrétion, il influençait le cours des choses à la direction de «Pro Militia» en intervenant judicieusement en tant qu'expert de bon conseil.»

On pouvait également compter sur lui pour jouer le rôle d'«homme de liaison» à l'écoute de la base et des lecteurs.

«Jürgen Peter Flückiger savait à merveille tisser les liens entre les événements historiques et l'actualité en matière de politique de sécurité. Il avait également à cœur de garantir une représentativité équilibrée de chacune de nos langues nationales.»

Il faut, au nom des lecteurs de «Pro Militia», rendre hommage et être reconnaissant à la mémoire de Jürgen Peter Flückiger pour son travail rédactionnel exceptionnel et son fidèle engagement au service de notre cause, la défense d'une armée de milice suisse crédible.

L'auteur de ces lignes est particulièrement redevable à son prédécesseur de l'avoir introduit dans sa tâche de rédacteur avec toute la rigueur et le sens pratique nécessaires à la conduite d'un journal, sachant également lui ouvrir les portes de la documentation. La direction de Pro Militia prend aujourd'hui congé avec émotion et reconnaissance d'un fidèle camarade et transmet à sa famille ses sincères condoléances.

Wer ist Pro Militia?

Pro Militia ist eine Vereinigung ehemaliger und eingeteilter Angehöriger der Schweizer Armee sowie von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für die Sicherheit unseres Landes und für eine verfassungsmässige und glaubwürdige Milizarmee einsetzen.

Qui est Pro Militia?

Pro Militia est une association d'anciens militaires et de militaires incorporés à l'armée suisse, ainsi que d'autres citoyennes et citoyens qui s'engagent pour la sécurité de notre pays et pour une armée de milice crédible et fidèle à la constitution.

Jürgen Peter Flückiger (1934–2013) 13 Jahre Chefredaktor von «Pro Militia»

Jürgen Peter Flückiger übernahm «Pro Militia» – die Zeitung hiess damals noch «Diamant» – als zweiter Chefredaktor mit der Ausgabe 2/1994 im vierten Jahrgang. Er erfüllte alle Anforderungen für seinen langjährigen und wirkungsvollen redaktionellen Einsatz.

Erstens brachte er reiche Berufserfahrung und Sprachgewandtheit als ursprünglicher Redaktor bei der Schweizerischen Depeschagentur und beim Luzerner Tagblatt mit. Zweitens kannte er als ehemaliger Instruktionsoffizier die schweizerische Sicherheits- und Militärpolitik. Drittens war Peter Flückiger perfekt zweisprachig – deutsch/französisch – und verstand hinreichend italienisch.

Bei seinem Rücktritt nach 13 Jahren Chefredaktor schrieb der damalige Präsident von Pro Militia, alt Nationalrat Jean-Pierre Bonny, dass sich Jürgen Peter Flückiger mit der letzten Ausgabe des Jahres 2006 von seiner sehr erfolgreichen und wichtigen Funktion verabschiedete. «Er beschränkte sich nicht nur darauf, eine gute Zeitung zu gestalten, sondern war auch jederzeit bereit, deutsche bzw. französische Texte zu übersetzen.»

«In den Führungsgremien von Pro Militia wirkte er mit der ihm eigenen Zurückhaltung als ebenso ge-

schätzter wie sachkundiger Berater.» Auf ihn als eine Art «homme de liaison» zur Mitgliederbasis und Leserschaft sei Verlass gewesen. «Jürgen Peter Flückiger verstand es stets hervorragend, in der Zeitung die Verbindung zwischen aktuellem und historischem Geschehen in der Sicherheitspolitik herzustellen. Gleichzeitig trug er auch den Landessprachen angemessene Rechnung.»

Auch im Namen der Leserschaft der Zeitung «Pro Militia» sei Jürgen Peter Flückiger seine ausgezeichnete redaktionelle Leistung im Dienste der Sache, einer glaubwürdigen Schweizer Milizarmee, nochmals herzlich anerkannt und verdankt. Der Schreibende bleibt seinem Vorgänger insbesondere für die gründliche und praxisbezogene Einführung in das Redigieren und Gestalten einer Zeitung und für die dafür nützliche Dokumentation sehr verbunden. Die Mitglieder der Organe von Pro Militia nehmen betroffen und in Dankbarkeit den letzten Abschied von einem guten Kameraden und sprechen den Angehörigen ihr aufrichtiges Beileid aus.

Pro Militia / Heinrich L. Wirz

«Pro Militia» und www.promilitia.ch suchen Chefredaktor

Aufgabe: Beschaffen und redigieren sowie verfassen eigener militärpolitischer Beiträge, befragen militärischer und politischer Funktionsträger, besuchen und berichten von Medienkonferenzen und von «Kasernengesprächen»; planen, gestalten und ausbauen von Zeitung und Webseite gemäss einem Fünfjahresplan und in Zusammenarbeit mit Stämpfli Publikationen AG, Bern.

Anforderungen: sicherheitspolitische und militärische Kenntnisse, wenn möglich journalistisch-publizistische Erfahrung oder diesbezügliche Lernfähigkeit, Sprachkenntnisse deutsch / französisch / italienisch (ohne Übersetzungen) sowie Vertrautheit mit Informatik und Internet.

Angebot: Die selbstständige, teilzeitliche (zirka 20 Prozent) und angemessen entschädigte

Tätigkeit (Pauschale und Ersatz von Auslagen) eignet sich entweder für einen kürzlich pensionierten Berufs- oder Milizoffizier oder für einen jüngeren Milizoffizier im Teilpensum. Sie umfasst den Zugang zur Medienfachwelt – einschliesslich der einschlägigen Fachpublizisten-Verbände – sowie die Möglichkeit des Zutritts zum Medienzentrum Bundeshaus und zum Parlamentsgebäude in Bern.

Auskünfte: Für allfällige Fragen nehmen Sie vertraulich Verbindung auf mit dem früheren Chefredaktor, Heinrich L. Wirz, Ritterstrasse 4, 3047 Bremgarten, 031 301 79 13; heinrich.l.wirz@bluewin.ch

Anmeldung: Spricht «Pro Militia» Sie an? Dann setzen Sie sich bitte mit dem Vorsitzenden der Redaktionskommission in Verbindung: Martin Chevallaz, Vulliettaz 113, 1066 Epalinges, 021 784 19 26; martin.chevallaz@bluewin.ch

Ich trete bei / J'adhère / Mi faccio socio

Anmeldetalon nur für Neumitglieder
Uniquement pour de nouvelles admissions
Da utilizzare solo dai nuovi soci

Name / nom / cognome

Vorname / prénom / nome

Geburtsdatum / date de naissance / data di nascita

Strasse Nr. / rue n° / via n°

PLZ, Wohnort / NPA, domicile / NPA, domicilio

Datum / date / data

Unterschrift / signature / firma

Bitte einsenden an / renvoyer s.v.p. à:
Pro Militia / Postfach / Case postale 369; 3000 Bern 14
Postkonto / compte postal 30-31912-9

Jahresbeitrag Fr. 25.– / Cotisation annuelle frs. 25.–. Nach Einzahlung meines ersten Jahresbeitrags erhalte ich das Vereinsabzeichen / L'insigne de l'Association me sera envoyé dès le paiement de ma première cotisation annuelle

Dal Ticino e dal Grigioni italiano da spedire p. f. a:
Pro Militia, Sezione della Svizzera Italiana
Alessandra Isotta, Via dei Sindacatori 5, 6900 Massagno
Conto postale 69-1062-5

Tassa sociale annua fr. 30.–. Il distintivo dell'Associazione mi sarà spedito dopo il pagamento della mia prima tassa sociale annua.

Impressum

**Nummer/Numéro/
Numero 1/2013, 15.04.2013**

**Abschlussdatum/Date de
clôture/Data di chiusura:**
25.03.2013

**Druckauflage/Tirage/
Tiratura:** 4400

ISSN 1662-5560

**23. Jahrgang/23^e année/
23^o annata**

**Erscheint vierteljährlich/Paraît
trimestriellement/Trimestrale**

**Nummer/Numéro/
Numero 2/2013**

**Redaktionsschluss/Délai de
rédaction/Termine di redazione:**
29.04.2013

**Erscheinungsdatum/Date de
parution/Data di pubblicazione:**
27.05.2013

www.promilitia.ch



**Herausgeber/Editeur/Editore
Pro Militia**

Vereinigung ehemaliger und eingeteilter Angehöriger der Schweizer Armee
Association d'Anciens militaires et de militaires incorporés de l'Armée Suisse
Associazione di ex militari e di militari incorporati dell'Esercito Svizzero

Präsident/président/presidente:
André Liaudat
**Vizepräsidenten/vice-présidents/
vice-presidenti:** Jean Abt, Simon Küchler
Presidente Sezione della Svizzera italiana (SSI): Angelo Polli

**Chefredaktor/Rédacteur en
chef/Caporedattore:**

Vakant
Ad interim: Heinrich L. Wirz

Bundeshaus-Redaktor/
Correspondant parlementaire/
Corrispondente parlamentare:
Heinrich L. Wirz, Ritterstrasse 4,
3047 Bremgarten, 031/301 79 13
redaktion@promilitia.ch

**Geschäftsstelle/Secrétariat/
Ufficio**

Postfach/Case postale/
Casella postale 369
3000 Bern 14
sekretariat@promilitia.ch
Postkonto 30-31912-9

**Druck und Versand/
Impression et expédition/
Stampa e spedizione:**
Stämpfli Publikationen AG,
Postfach, 3001 Bern

Copyright © Pro Militia
Alle Rechte vorbehalten /
Tous droits réservés/
Tutti i diritti riservati



Mitglied der Vereinigung Europäische Militärfachpresse
Membre de l'association de la presse militaire européenne
Membro dell'associazione della stampa militare europea